

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post / Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
Gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig / Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 30. April 1924

Nummer 38

## Arbeiterschaft und Staat

Zum 1. und zum 4. Mai

**A**rbeiterschaft und Staat sind Begriffe, die besonders in unserm Vaterlande, in Deutschland, zur Zeit in einem sehr widerspruchsvollen Verhältnis zueinander stehen. Denn wo wir in letzter Zeit auch hinblicken, sehen wir den Staat mit allen seinen Einrichtungen in einem mehr oder weniger schroffen Gegensatz zu den kulturellen wie materiellen Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft, d. h. gegenüber allen jenen Schichten des deutschen Volkes, die durch ihre geistige und körperliche Arbeit erst die materiellen Voraussetzungen für den Staat als Verwaltungsorganisation der Lebensinteressen des Volkes schaffen. Sei es in Fragen der Jugendberziehung, der gesellschaftlichen Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, der sozialen Fürsorge für Kranke, Altersschwache, für Erwerbslose, für Kriegsbekämpfte, in der Rechtsprechung usw., überall sehen wir zurzeit wenig erfreuliche, ja größtenteils arbeiter- und volksfeindliche Tendenzen der Staatsgewalt.

Und besonders wir Buchdrucker, die wir durch unsere berufliche Arbeit gezwungen sind, alle Fragen des staatlichen und öffentlichen Lebens, der Kultur und der Wirtschaft zu vernünftigen, befinden uns gegenwärtig gegenüber dem Staate auf dem Gebiete unserer Arbeits- und Lohnverhältnisse in einer Zwangslage, die weder dem Staate zur Ehre, noch dem Buchdruckgewerbe zum Segen dienen kann. Denn die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 2. April, der uns trotz höchster und noch nie dagewesener Gewinne des Unternehmertums im Buchdruckgewerbe nur eine äußerst minimale Lohnerhöhung brachte, entspricht in keiner Weise Grundsätzen der Gerechtigkeit, wie sie im Artikel 151 der Reichsverfassung mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins vorgeschrieben sind. Sie beschränkt auch unserer wirtschaftlichen Organisation die nach dieser Richtung erforderliche und im gleichen Artikel der Reichsverfassung gewährleistete wirtschaftliche Freiheit. Der Staat mit seiner Macht und Gewalt ist durch den diesbezüglichen Entscheid des Reichsarbeitsministers in einseitiger Weise zum Schutz für nackte und rücksichtslose Profitinteressen des Unternehmertums in Buchdruckgewerbe geworden. Der Staat, der noch vor wenigen Monaten von dem gleichen Unternehmertum zu ungeheuren Zuschüssen aus seinen kaiserlichen Mitteln in Anspruch genommen wurde, schübt heute das gleiche Unternehmertum, das infolge seiner überpannten Preispolitik sowohl im Zeitungswesen wie in den übrigen Zweigen des Gewerbes ungeheure Profite einsteckt, vor der Verpflichtung, der Arbeiterschaft dieses Gewerbes einen Lohn zu zahlen, der diese Gewinne in gerechterem Maße der deutschen Wirtschaft wieder zuflehen läßt. Denn wo bleibt der Nutzen, den der Staat oder die Allgemeinheit von dieser Unterbindung einer gerechteren Entlohnung der Arbeiterschaft des deutschen Buchdruckgewerbes hat? Die Einnahmen des Staates aus der Lohnsteuer des Buchdruckgewerbes bleiben dadurch niedriger; und da der Druckereifachtarif trotz der nur sehr geringen Lohnzulage wiederum nicht herabgesetzt wurde, so fällt auch von dieser Seite her sowohl für den Staat als dem größten Auftraggeber des Buchdruckgewerbes wie auch für das allgemeine deutsche Wirtschaftsleben jeder Nutzen dieser gewaltsam gedämpften staatlichen Lohnpolitik fort. Nur die Unternehmer des deutschen Buchdruckgewerbes haben einen Vorteil davon, alle andern Staatsbürger samt dem Staate nicht. Ja der letztere bezahlt sich dadurch, daß er die gleiche kurzfristige Lohnpolitik auch auf alle übrigen Zweige der privatkapitalistischen Wirtschaftsform ausdehnt, in solcher Weise der Möglichkeit, seine eigenen Einnahmequellen zu stärken. Und das ist es, was uns veranlaßt, davon zu sprechen, daß der heutige deutsche Staat seine Macht in kurzfristiger Weise in den Dienst des Unternehmertums stellt und infolgedessen die große Masse des Volkes in wirtschaftlich- und sozialer Hinsicht unterdrückt. Das bedeutet auch alle höheren kulturellen Verbindungsstellen zwischen Staat und Arbeiterschaft vernichtet werden, ist ebenso unmenschlich wie bedauerlich.

Doch nicht nur in der Lohnfrage besteht zwischen der Arbeiterschaft und Staat heute eine ungesunde und schädliche Spannung. Die Verdrängung

des Achtstundentages durch die Verordnung über die Arbeitszeit ist zu einer weiteren außerordentlich schweren Belastung des Vertrauens der Arbeiterschaft zum Staat geworden. Es ist eine halblöbliche Phrase, davon zu reden, daß es sich hier für die Arbeiterschaft nur um ein Dogma handle. Nein, in Wirklichkeit handelt es sich dabei um die sittliche Notwendigkeit, das menschliche Leben um wenige Stunden des Tages erträglicher und freier zu gestalten. Wären dazu unter den heutigen Verhältnissen keine Möglichkeiten vorhanden, so würde diese Forderung von der Arbeiterschaft im allgemeinen überhaupt nicht gestellt. Aber es heißt alle Fortschritte von Wissenschaft und Technik verfeuern, wenn behauptet wird, daß eine tägliche achtstündige Arbeitszeit nicht ausreichen würde, um die deutsche Wirtschaft trotz der hohen Kriegslasten aufrecht und konkurrenzfähig zu erhalten. Allerdings erfordert der Achtstundentag andre Beziehungen und Verhältnisse zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum als heute. Er erfordert vor allen Dingen eine gewissenhaftere Organisation und Kalkulation der Produktion und des Handels, wodurch ungeheure Leerlaufkosten der heutigen Wirtschaftsform vermieden werden könnten. Aber das bedingt Ablehnung von spekulativen Theorien und gewaltsamen Herrschaftsgelüsten der heutigen Nutznießer der Arbeiterausbeutung in allen Gewerben, Industrie- und Handelszweigen. Es ist also ein moralisches Defizit des Unternehmertums, das den Achtstundentag als Dogma benutzert. Woraus sich auch erklärt, daß trotz der schon beträchtlich verbreiteten Verlängerung der täglichen Arbeitszeit die Versprechungen ihrer Anhänger auf eine Senkung der Preise trotz niedriger Löhne immer noch nicht in Erfüllung gegangen sind. Diese Versprechungen werden auch in Zukunft nicht in Erfüllung gehen, wenn der Staat seine Macht den Gegnern des Achtstundentages noch länger so zur Verfügung stellt und selbst im gleichen trüben reaktionären Fahrwasser segelt. Es wird im Gegenteil der Fall eintreten, daß je länger die tägliche Arbeitszeit über acht Stunden hinaus bestehen bleibt, und je verbreiteter infolgedessen die Erkenntnis innerhalb der Arbeiterschaft über den Mißbrauch der Staatsgewalt auf diesem Gebiete wird, der gesamte Arbeitsprozeß einem politischen Zerlegungsprozeß ausgeliefert wird, der um so produktionshemmender wirken muß, je kurzfristiger Staat und Gesetz sich als Protektoren dieser täglichen Freiheitsberaubung der Arbeiterschaft betätigen. Es liegt daher nicht nur im heillosen Interesse der deutschen Arbeiterschaft, wenn diese am 1. Mai d. J. mit besonderem Nachdruck ihren Willen kundgibt, daß sie an der Forderung des Achtstundentages nach wie vor festhält und alle Kräfte dafür einsetzen wird, dort, wo er unter Ausbeutung ihrer Notlage und durch Staatszwang verloren gegangen ist, wieder herzustellen, und dort, wo er noch besteht, ihn mit allen ihren Kräften zu erhalten. Desgleichen wird die Arbeiterschaft am 4. Mai Gelegenheit haben, durch ihre Stimmen bei der Reichstagswahl dafür zu sorgen, daß die Herrschaften, die der Ansicht sind, daß nur Arbeit „uns“ (womit sie selbstverständlich nur die Arbeit anderer für sich meinen) noch retten könnte, erkennen, daß der Staat andre Aufgaben hat, als ihr Mittel zu sein. Der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund beantragte und in Vorbereitung befindliche Volksentscheid wird sicher auf Umkehr auf dieser falschen Bahn zwingen.

Auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge für die heranwachsende Jugend, für das Alter wie für Kranke, Unfall- und Kriegsbeschädigte haben wir das gleiche trübselige Bild. Während ein Stimmes und stumm-schweigendes aus der Not und dem Elend des deutschen Volkes unermessliche Summen von Goldmark aufmachen könnten und dieselben Kreise heute noch Volk und Staat in jeder Weise ausbeuten verstehen, leiden die Kinder der Armen unheilvolle Not, brechen unsere alten Sozialisten wie Katholikentum auf den Straßen zusammen; die Witwen und Waisen unter in Volkstümlichen Volksgenossen sowie die Kriegsbekämpften sind auf so jämmerliche Dienen angewiesen, daß für sie jeder „Dank des Vaterlandes“ eine Wohlthatung bedeutet. Und die Erwerbslosen, deren Einreihung in den Produktionsprozeß durch Abbau auf der

nansen Linie und durch Verlängerung der Arbeitszeit abschließlich erschwert worden, werden immer noch trotz vorhandenen höheren Einnahmen aus den Beiträgen für die Erwerbslosenversicherung, mit so lächerlich geringen Beträgen entschädigt, daß Frauen und Kinder mit ihren schwachen Kräften für sie als billige Arbeitskräfte im Dienste profitgieriger Unternehmer Familienleben und die schönsten Lebensstage der Kindheit opfern müssen. Fast keine Arbeiterwohnung in Deutschland gibt es, wo diese Not und dieses Elend in der einen oder andern Weise nicht zu Hause ist. Kein deutscher Arbeiter sollte daher am 1. Mai d. J. vergessen, daß er als Leidensgenosse dieser traurigen sozialen Verhältnisse an die Seite seiner Arbeitsbrüder in Stadt und Land gehört und durch seine Beteiligung an den Kundgebungen der deutschen Arbeiterkraft beweisen muß, daß er ein Feind dieser Zustände ist, daß er Staat und Volk auf eine höhere Kulturstufe erheben wissen will.

Aber nicht nur in allen sozialen und wirtschaftlichen Lebensfragen ist das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Staat immer unerfreulicher geworden. Auch auf rein politischem Gebiete zeigen sich immer rückwärtschere Tendenzen, die darauf abzielen, die deutsche Arbeiterschaft wiederum wie vor dem November 1918 nur noch als Kanonensfutter oder Kriegsgerät zur Wiederankündigung von Kasernenhoffbrill und menschenunwürdigem Kadavergehorsam zu mißbrauchen. Die Barmühtigkeit der wirtschaftlichen Widerstandskraft der deutschen Arbeiterschaft durch Kriegselend und Geldentwertung hat es politischen Wölfen in Schafspelzen erleichtert, dem nationalen Gedanken einen Inhalt zu geben, der, je unagierter er sich einfallen kann, zum sicheren Untergang und zur Zerreißung des deutschen Volkes, statt zu einer mit den übrigen Völkern gleichberechtigten Volksgemeinschaft führen muß. Während im alten Kayoten, Persien, Griechenland und Rom unterlegene Völkerverherrern ihre Schmach mit dem eignen Lobe süßnen mußten, und es auch taten, erleben wir es heute, daß ein Ludendorff das Recht hat, als ein „Nationalheld“ das deutsche Volk immer näher an den Abgrund eines neuen Völkermordens zu treiben. Deutsche Richter finden es mit der Würde ihres Berufs vereinbar, durch Freispruch eines solchen Mannes, der Hunderttausende, ja Millionen von deutschen Volksgenossen in den sicheren Tod dirigierte, von dem Verbrechen des Hochverrats freizusprechen, obwohl es greifbar augenleuchtend ist, daß er und seinesgleichen das deutsche Volk abermals in ein fürchterliches Blutbad stürzen wollten. Die republikanische Staatsverfassung, so schwach und dürftig deren demokratische Grundlagen auch heute noch sind, ist diesen nationalen Helden ein Dorn im Auge; sie bietet ihnen keine Gelegenheit mehr, Hunderttausende zur Schlachtbühne zu führen und sich selbst dafür als Helden feiern zu lassen. Wir wollen dieses traurige Bild politischer und nationaler Geistesarmut nicht weiter ausmalen. Wir haben auch abschließlich nur dieses eine Beispiel nationaler Verirrung aus dem Sumpfe herausgehoben, um kurz anzudeuten, wohin der Weg führt, den diese Herrschaften gehen wollen, die heute sich als die einzig wahren Deutschen und Vaterlandsreiter auf politischem Gebiete aufspielen. Man sollte es als ausgeschlossen betrachten, daß der Staat solchen Völkerverherrern noch richterlichen Schutz erteilen würde; denn diese sind in Wirklichkeit die eigentlichen Totengräber des Staates. Aber gerade in dem grellen Unterschied zwischen der Haltung des deutschen Staates gegenüber diesen „Nationalhelden“ und der deutschen Arbeiterschaft zeigt sich allseitig die Schwäche und Unzulänglichkeit des heutigen deutschen Staates. Er ist leider nur dem Namen nach eine Republik und noch lange kein Volksstaat. Der deutsche Staat ist heute wirtschaftlich wie politisch der Nachwächser der Kapitalisten und Militaristen und als solcher auch kein Freund der deutschen Arbeiterschaft.

Daß das leider so ist, ist nicht die Schuld der sogenannten deutschen Staatsmänner allein; es ist ebenso sehr die Schuld des ganzen deutschen Volkes wie der deutschen Arbeiterschaft selbst. Heute umfaßt die deutsche Arbeiterschaft in Stadt und Land den größten Teil des deutschen Volkes. Daß sie dennoch im Staate keinen maßgebenden Einfluß hat, ist ihre eigene Schuld, die in ihrer grenzenlosen Zersplitterung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete ihren Ausdruck findet. Nicht einmal die ausgesprochensten Gegner der Arbeiterschaft bekämpfen sich gegenseitig so scharf wie sich die Arbeiterschaft unter sich selbst in politischer Hinsicht bekämpft und schwächt. Und warum dieser Kampf? Seit sie euch an die Wälder dieses Kampfes; von wem werden sie beangstigt, von wem werden sie bezahlt? Sind deren geistige oder materielle Väter die Arbeiter? Sind sie nicht fast durchweg hinter Kulissen zu suchen, hinter denen alle religiösen, politischen und wirtschaftlichen Gifte bereitet werden, die der Arbeiterschaft als Heilmittel gereicht werden und daß so Lebensgefährlich sind, daß der sie reichende Arbeiter aus dem Dabinswegerecken nicht herauskommt? Nationalismus, Militarismus, Militarismus und politische oder religiöse Fanatismus sind die Mächte, die sich dem Aufstieg der Arbeiterschaft und einem gedeihlichen Staatwesen immer und immer wieder in den Weg stellen. Günstige Verhältnisse ist ihr Mittel und wirtschaftliche Unterdrückung des Volkes ihr Ziel; ihr Wahlspruch lautet: Wer zuerst ist, soll zuerst bleiben, damit wir die Herren bleiben!

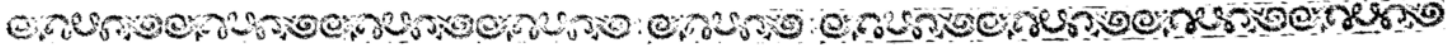
Diese Geister und Herren sind die Totengräber eines jeden Staates wie auch die Besetzer jeder freiheitlichen Bewegung der Arbeiterschaft. Der christliche Gegner, den sie ernstlich fürchten, ist nicht der Sozialismus, während sie den Kommunismus samt dem heutigen Staat nur als ihre Bedenker betrachten, die nur sie in völkischen Dummheit zum Herrschen machen und ihnen die Kräfte für ihre Mordpläne liefern sollen. Darum bekämpfen sie den Staat wie den Kommunismus und

nur dort, wo diese ihnen selbst Konkurrenz machen und schonen sie, wo sie ihnen zur Niederhaltung der Arbeiterschaft nicht im Wege stehen, sondern behilflich sind. Im übrigen aber fragen Nationalisten, Kapitalisten, Militaristen und sonstige Götzendiener nach dem Staat wie dem Kommunismus weit weniger als die Befreier zum Sozialismus.

Der Sozialismus will dagegen den echten und wahren Volksstaat, in dem es weder Herren noch Knechte, sondern nur gegenseitige Dienstleistungen und gleichberechtigtes Zusammenwirken aller Volksgenossen zum Wohle des einzelnen wie der Gesamtheit, gibt. Der wahre und echte Kommunismus will zwar nichts anderes; nur unterscheidet er sich in diesem Ziele von den Taten der heutigen Kommunisten dadurch, daß er durch sie eher verläktert als gefördert wird. Der Sozialismus kennt keinen überspannten Nationalismus; da er von der Erkenntnis getragen ist, daß jeder Nationalismus nur die ständige Bedrohung aller Nationen als Volksgemeinschaft bedeutet. Denn das, was sich heute in Deutschland als Nationalismus gebärdet, ist nur Chauvinismus oder Haß gegen andere Nationen. Und hinter diesem Haß stehen nur die beruflichen Massenschlächter, die im Militarismus ihr Himmelreich oder ihre Futterkrippe erbilden. Im Nationalismus wie Militarismus erkennt der Sozialismus nur die Tendenzen zum Völkermord und zur gegenseitigen Vernichtung. Der Sozialismus will Frieden der Völker untereinander und Frieden innerhalb eines jeden Volkes als einer Volksgemeinschaft, in der es weder Herren noch Knechte, sondern nur gleichberechtigte Staatsbürger gibt. Aus diesen Gründen bekämpft der Sozialismus auch die privatkapitalistische Wirtschaftsordnung, weil deren Träger und Nutznießer den Staat allein zu beherrschen bestrebt sind, um mit Hilfe des Nationalismus und des Militarismus die große Masse der Völker ungestört ausbeuten und knechten zu können. Der Sozialismus verurteilt auch jeden religiösen Fanatismus als geistige Unzulänglichkeit und fortschrittsfeindliche Einseitigkeit. Weil der Sozialismus alle diese Auswüchse der angeblich von Gott gewollten Wirtschafts- und Kulturform verurteilt und bekämpft, deshalb hat er auch mit der Gegnerschaft aller dieser volksfeindlichen Mächte zu rechnen. Aber gerade aus dieser Feindschaft aller Nutznießer geistiger und materieller Knechtschaft der Mehrheit aller Menschen wider den Sozialismus ergibt sich dessen hohe Bedeutung für die Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Wäre der Sozialismus in Wirklichkeit nur eine Utopie und daher niemals der Verwirklichung fähig, so hätten seine Gegner es gar nicht nötig, ihn ernstlich zu bekämpfen und alle ihre Karolen gegen den sogenannten Marxismus könnten sie zum alten Eisen werfen. Lächerlich und kindisch zugleich sind die immer wiederkehrenden Behauptungen in der bürgerlichen oder privatkapitalistischen Presse, wonach der Sozialismus tot sei oder überall versagt habe. Daß er nicht tot ist, das haben die Landtagswahlen in Bayern, dem gelobten Land aller Nationalisten und sonstigen Gegner des Sozialismus bewiesen. Die heutigen sozialistischen Regierungen in England und Dänemark beschäftigen ebenfalls, daß der Sozialismus in letzter Zeit nicht schwächer, sondern kräftiger geworden ist. Versagt hat der Sozialismus in Wirklichkeit auch noch in gar keinem einzigen Lande. Denn noch nirgendwo hat er bisher seine ganze Kraft entfalten können, weil er noch überall so schwach war, um die sozialistischen Grundzüge vollständig durchzuführen zu können. Seine Gegner können kein Land der Welt nachweisen, wo der Sozialismus die ausschließliche Macht gehabt hätte. Wohl aber ist nicht zu bestreiten, daß sowohl Nationalismus, Kapitalismus, religiöser Fanatismus und Militarismus schon oft vollständige Beherrscher ganzer Völker und Nationen waren. Aber überall, wo dies bisher der Fall war, haben sie nach kurzer Zeit unheiliges Elend über die betreffenden Völker gebracht. Kriege, Meutelmord, schändliche Menschenfölkereien und Freiheitsberaubungen, Sklaverei, Hungert und anderes Elend der großen Volksmassen waren ihre Früchte. Der Weltkrieg war ihr Werk, ähnliche und noch größere Verbrechen an der Menschheit werden ihre Früchte sein, solange sie nicht durch den Sozialismus restlos überwinden sein werden. Auch das Christentum hat den Weltkrieg nicht verhindern können, sondern seine Diener haben die menschenmordenden Waffen sogar gesegnet, und zwar die deutschen wie alle anderen; und die früheren blutigen Religionskriege vernichteten ganze Länder und Völker. Der Sozialismus dagegen will den Völkerrfrieden, will Schlichtung aller Differenzen zwischen den Völkern und innerhalb der einzelnen Nationen mit geistigen Waffen, will keine Unterdrückung und Unterjochung anderer Völker, will keine Ausbeutung der einen Volksgenossen durch den Kapitalismus. Der Sozialismus will die Früchte der menschlichen Arbeit in gemeinschaftlichem Zusammenwirken aller schaffenden Kräfte innerhalb eines jeden Volkes in gleichberechtigter Weise allen zuteil werden lassen, die mit Kopf und Hand daran mitwirken, und zwar zur Erhaltung der kulturellen Höheentwicklung aller Volksgenossen und nicht nur zugunsten einer Minderheit auf Kosten der großen Volksmasse.

Das ist das hehre und große Ziel, für das das deutsche Volk der Arbeit am 1. und am 4. Mai d. J. eintraten hat. Der 1. Mai ist in diesem Sinne der Tag des Bekanntheit, das alle Arbeiter der Welt in gemeinsamer Aktion und menschlicher Brüderlichkeit verbinden soll. Und der 4. Mai ruft den deutschen Arbeiter als Staatsbürger zur Wahlurne, durch die er mit seinem Stimmzettel als Reichstagswähler dem Staate das Geheiß und die Macht geben kann, die ihn entweder auch fernerehin noch unterdrückt oder stützt, je nachdem der Staat dem Sozialismus fernere oder näher stehen wird. Dem Staat und Arbeiterschaft werden erst dann die nationaler Gleichgewicht finden, wenn beide mit beachteter Kraft sich um die Ehre der Arbeit streiten!



# Arbeitszeit und Kultur

Die Führer in dem gesellschaftlichen Machtkampf zwischen der bürgerlich liberalen Denkweise gegen die sozialistische Weltanschauung erblicken in dem Eintreten des Staates für eine gesetzlich begrenzte Arbeitszeit einen unzulässigen Eingriff in das private Eigentumsrecht, d. h. eine Hinderung in der unbefchränkten Ausnutzung ihrer Produktionsmittel. Seit jeher bekämpfen sie jede staatliche soziale Fürsorge, sobald sie fühlen, daß es ein Mittel werden könnte zur Untergrabung ihrer geistigen und wirtschaftlichen Vorherrschaft. Als solches Mittel betrachten sie im besonderen die Beschränkung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden.

Mit der ökonomischen Erkenntnis, daß der Quell alles Wertes, aller gesellschaftlichen Machtmittel und aller kulturellen und politischen Vorherrschaft der Ertrag aus menschlicher Tüchtigkeit ist, mit dieser Erkenntnis steigerte sich bewußt das Streben der bürgerlichen Gesellschaft, diesen Quell in ihren Interessen fließen zu lassen. Alle von der bestehenden Klasse befürworteten Maßnahmen, mögen sie nun staatspolitischer, verwaltungstechnischer, kultureller oder wirtschaftlicher Art sein, sind gerichtet gewesen und auch noch heute eingestellt auf das Ziel, die Erkenntnismöglichkeiten im Kreise der von ihnen beherrschten Klasse auf ein für sie ungefährliches Maß zu beschränken. Seit Jahrhunderten wird die staatliche Erziehungswirtschaft der herrschenden Klasse von dem Ziel geleitet, die besitzlosen Massen in dem Glauben zu erhalten, daß die bürgerlich liberalistische Weltanschauung die einzig richtige, erstrebenswerte und auch mögliche ist, d. h. die Gewährung einer von staatlichem Einfluß freien und ungehinderten individuellen wirtschaftlichen Betätigung sei eine unbedingte gesellschaftliche Notwendigkeit.

Die Mittel der bestehenden Klasse zur Erziehung in der bürgerlichen Weltanschauung sind im besonderen: Gliederung der Schulljugend nach den elterlichen Besitzverhältnissen und nicht nach individueller geistiger Befähigung, ferner Festlegung des Unterrichtsstoffes auf die bürgerlich liberale Ideologie und Gewährung von Zusatzkenntnissen an die maßgebenden kirchlichen Mächte in bezug auf die Gestaltung des Unterrichtsplanes an den niederen Volksschulen.

Das Mittel zur Unterbindung der Erkenntnismöglichkeiten im Kreise der besitzlosen Klasse findet die bürgerliche Gesellschaft in erster Linie in der Ausdehnung der Arbeitszeit auf ein von der Arbeiterklasse physisch tragbares und für ihre Vorherrschaft ungefährliches Maß und in der Beschränkung des Lohnanteiles auf das zur Erhaltung und Fortpflanzung der besitzlosen Arbeitskraft notwendige Minimum. Eine in gleicher einschränkender Richtung laufende Einflussnahme auf die Gestaltung der Sozialpolitik ergänzt die Mittel der bestehenden Klasse im Kampfe um die Erhaltung ihrer Herrschaft.

Aus der Erkenntnis heraus, daß die geistigen Führer in dem Kampfe gegen den Achtstundentag auf dem Umwege über die Verlängerung der Arbeitszeit die kulturelle Betätigungsmöglichkeit und damit das geistige Erwachen der Arbeiterklasse verhindern wollen, haben wir den Kampf um den achtstündigen Arbeitstag zu führen.

Noch ganz deutlich stehen die Lehren der Staatsumwälzung von 1918 vor uns. Warum haben wir in diesen fünf Jahren so viele Hoffnungen begraben müssen? Warum haben die sozialen Machtverhältnisse eine so schnelle Umschichtung zu unserm Nachteil erfahren? Tragen einzelne Menschen für diese Entwicklung wirklich die Schuld? Nein! Es wäre

ein Verstoß gegen die Wesenheit von Idee und Realität. Waren wir denn beispielsweise 1918 geistig so vorbereitet, um dem Staatsapparat den von seiner Funktion notwendigen Inhalt zur Unterjüngung der von uns politisch gestellten und wirtschaftlich gewünschten Leitung zu geben? Nein! Gerade der Verwaltungsapparat der Kommune und des Staates hat sehr oft Beispiele gegeben, daß wohl die Spitze des bürokratischen Apparates in unsern Händen sein kann, die ausführenden Organe sich hinsichtlich vorübergehend der neuen Leitung etwas aneignen, im übrigen jedoch auslegen im alten Stille.

Ähnliche Feststellungen bestehen auf dem Wirtschaftsgebiete, obgleich von einer eigentlichen Anteilnahme an der Wirtschaftsführung bis heute noch keine Rede sein konnte. Aber selbst die schwachen Anfänge einer beschränkten Mitwirkung im Produktionsprozeß, wie sie das Betriebsrätegesetz bieten, haben nicht allgemein die verdiente Beachtung gefunden.

Für dieses geistige Versagen von Massen sowohl als auch Führern gegenüber den über Nacht spruchreif gewordenen Problemen praktischer Staats- und Wirtschaftsführung nach innen und außen tragen nicht diese die Schuld, sondern jene Kreise, die die Teilnahme an der Leitung und Ausführung der Staatsgeschäfte, anfangs vom Dorfwachwächter bis zum Reichsanwalt, von dem Bekenntnis zur bürgerlichen Weltanschauung abhängig machten. Die Erschwerungen der Staats- und Wirtschaftsführung als Kriegsfolgen sind ganz natürlich wesentliche Faktoren bei Betrachtung der festgestellten Erscheinungen.

Weniger konservativ, aber doch an dem Grundsatz der unbedingten Befolgung zur individualistischen Wirtschaft festhaltend, waren und sind auch noch die Unternehmer verfahren, wenn sie die Auswahl ihrer Vertrauenspersonen zu treffen hatten, die sie mit der Leitung ihrer Geschäfte betrauten. Also auch in der Wirtschaftsführung eine Ausschaltung derjenigen, die die Gemeinwirtschaft als eine soziale Notwendigkeit betonen.

In der ungenügenden geistigen Vorbereitung, in welcher die Staatsumwälzung von 1918 uns vorfand, ist eine der wichtigsten Ursachen zu suchen für die Umschichtung der sozialen Machtverhältnisse. Dieses erkennen, heißt mitarbeiten, nachhaken und alle Kraft daran setzen zur Festigung und Verbreitung einer wirklich proletarischen Körper- und Geisteskultur. Dazu gehört Zeit — Freizeit —, die im Mindestmaße die geistliche Festlegung eines achtstündigen Arbeitstages bietet. Von der Erkenntnis einer bedingenden Notwendigkeit ausreichender Körper- und Geisteskultur müssen wir das Problem der Arbeitszeit als das grundlegendste sozialpolitische Problem betrachten lernen. Nicht als Wirtschaftsfrage dürfen wir die Forderung des Achtstundentages in den Vordergrund drängen, sondern als die grundlegendste Kulturforderung zur Menschwerdung.

Wir befinden uns jetzt in einer Übergangszeit, in der wir wirtschaftspolitisch zweifellos in die Abwehrstellung gedrängt worden sind. Unsere Gegner werden bei dem bisher Erreichten nicht stehenbleiben, sie werden verstärkten Druck anwenden, damit auch das Lippenbekenntnis zum Achtstundentag verschwindet, welches sich heute noch in der Arbeitszeitverordnung und manchen Tarifverträgen befindet. Sie werden auch nicht Haltmachen vor der Abänderung oder gänzlichen Beseitigung des Betriebsrätegesetzes. Diesem Zeitpunkt bevorstehender schwerer Auseinandersetzungen gilt es besonderes Augenmerk zu schenken, nicht dadurch, daß man neue Probleme aufstellt und damit neue Enttäuschungen und

# Der „Büchmann der Freiheit“

„Büchmann“ ist für uns das Schlagwort von einem Nachschlagebuch für Sprichwörter, Sinnprüche und Aussprüche mehr oder minder berühmter Männer und Frauen geworden. Aber haben alle diese Nachschlagebücher uns Sozialisten befriedigt? Wohl keinen, der als Redner oder Schriftsteller zur Stütze seiner Gründe ab und zu ein gutes Zitat braucht. Die bisherigen „Büchmannen“ sind gut bürgerliche Kompromisse. Sie werden fast allen politischen und religiösen Richtungen — mit einziger Ausnahme der Sozialisten — gerecht: von den Deutschpolitischen bis zum Liberalismus. Wobei jedoch festzustellen ist, daß die wahrhaft echten Worte der Freiheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit allzu dünn gesät sind. Worte unserer großen Vorkämpfer findet man kaum.

Ein gutes Zitat, zu richtiger Zeit und am richtigen Ort richtig angewandt, überzeugt oft besser als stundenlange Ausführungen. Wenn man zitiert, muß man richtig zitieren! Wer aber kann alle die trefflichen Worte im Kopfe behalten? Selbst, wenn man weiß, das und jenes Wort steht im „Kapital“ von Karl Marx oder im Ebermann, kostet das Nachschlagen doch viel Zeit, da man ja doch nicht genau den betreffenden Abschnitt oder gar die Seitenzahl weiß, wo die gewünschte Stelle zu finden ist.

Und hat Ernst Brecaug (Berlin), der proletarische Dichter von Buchdruckerberuf, im Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker in Leipzig einen „Büchmann der Freiheit“, wie ich ihn nennen möchte, unter dem Sammeltitel „Freie Gedanken“ herausgegeben. Kurt Reibetanz (Weiszig) hat prächtige Wagnetten in Holzschnittmanier für das Buch angefertigt. In einem trefflichen Vorwort bezeichnet Brecaug als Zweck der Sammlung dieser Aphorismen, unter Fortlassung des Überflüssigen eine Gedankenlese zu geben, die wie ein vertrauter Freund zum großen Bewußtsein des erwachten Gewerkschaftsmenschen führt. Bestimmend war immer wieder die innere Verbindung mit dem Gedanken, mit unserer Weltanschauung, die heute nach einer mühseligen Reise in Millionen Seelen lebt und einen Ausbruch aus den reißenden Ästen unserer Zeit sucht. Nicht der Name eines Autors gab

den Ausschlag und auch nicht das Alter oder die Jugend irgendeiner Sentenz, sondern lediglich ihr Inhalt, ihre Form, ihre Bedeutung für uns. „Uns“, damit meine ich alle, in denen das soziale Gewissen lebendig ist, alle, die irgendwie der Höherführung des Volksbessens dienen.

Weiter heißt es: „Nicht jeder hat die Zeit, nicht jeder die Kraft, dieselbigen Werke zu studieren. Dies aber kann jeder: in stillen Stunden einen Spruch, einen Vers lesen zum Nachdenken oder Nachfühlen. Blikartige Helligkeit, wohlige Wärme wird ihm häufig aus wenigen Zeilen entgegenstrahlen, weil sie vollendeter Ausdruck eigener dunkler Empfindung sind. Das Leben wird klarer und schöner durch klare Bewußtseinsinhalte. Froher wird der Tag, den edle Wahrheiten durchleuchten. Und ist es nicht ein erhebendes Gefühl, in den Aussprüchen längst begabener Denker und Dichter den Herzschlag der eigenen Weltanschauung zu spüren? Zu wissen, daß die Ideale der Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit in den besten Seelen aller Zeiten allithen?“

Wäre das treffliche Buch in keinem Arbeiterheim fehlen. Vor allem aber müßten die „Freien Gedanken“ ständiger Begleiter der politischen und gewerkschaftlichen Agitatoren der Arbeiterbewegung sein.

Max G. Tröll.

# Einige Zitierungen aus dem „Büchmann der Freiheit“

Acht Stunden tag: Für wen arbeiten die da in später Stunde? Für dich? Für ihre Kinder, die mit dem Elend trocknen Preises zu Bett geronnen sind? Für ihre Weiber, die, wenn sie nicht in dieser Hölle an irgendeiner Maschine herumgedreht sind, zu Hause sitzen und bloße Hopfen? Oder arbeiten sie für den Mann, der die Kunst versteht, aus den Schweißtröpfen dieser Armen den kostlichsten Champagner zu kelteren? Wenn ich nicht vorher bestände bräute als dich: dich als ich? Warum lie die letzte Zeit ihres Lebens eine Stunde früher sich den Hof von den Göttern lassen — ich würde sagen, ich habe nicht unsehr gefehlt.

Sozialismus: Die Natur gibt alle Güter allen Menschen gleichmäßig, dann Gott hat alle Dinge geschaffen, damit der Mensch für alle gleichschuldig sei. Die Natur hat also das Recht der Gerechtigkeit ersonnen, und es ist nur unvernünftige Dummheit, die das Recht der Gerechtigkeit zu verletzen. (1789) Die Natur hat alle Güter allen Menschen gleichmäßig, dann Gott hat alle Dinge geschaffen, damit der Mensch für alle gleichschuldig sei. Die Natur hat also das Recht der Gerechtigkeit ersonnen, und es ist nur unvernünftige Dummheit, die das Recht der Gerechtigkeit zu verletzen. (1789)

neue Zersplitterung in die Arbeiterschaft hineinragt, sondern dadurch, daß jeder einzelne sich verantwortlich fühlende mitarbeitet an der Stärkung des Klassengefühls und des Klassenbewußtseins. Wir müssen als Arbeiterklasse alle uns verfügbaren Kräfte sammeln, besonders im Hinblick auf das Anwachsen unserer Wirtschaftsgenossen als mitbestimmte internationale Wirtschaftsmächte. Die einseitige Organisation der Arbeiterschaft in Konzernbildungen mit ihren Ausstrahlungen in alle Kulturstaaten der Welt ist für die heftigste Klasse aller Länder ein schwerwiegendes Hemmnis geworden in ihrem Kampfe um den sozialpolitischen Fortschritt. Damit wird auch der national geführte Kampf um die Erhaltung des achtstündigen Arbeitstages zum internationalen Kampfobjekt besonders deshalb, weil in ihm der Kern zum Erfolge in dem geistigen Ringen zwischen bürgerlicher und sozialistischer Weltanschauung liegt.

Zum Schluß hebe ich zusammenfassend hervor, daß nur das mangelnde Klassenbewußtsein, nur der Mangel an Erkenntnis, das engste Gemeinschaftsarbeit den eigenen Erfolge sichert, die Schwäche des Proletariats ist. Viel zu sehr stecken Teile der Arbeiterschaft auch heute noch in bürgerlich liberalen Ideologien, und selbst ihren eigenen Klassenangehörigen gegenüber erkennen sie sich oftmals sehr weit vom Gemeinschaftsgebanke und Gemeinschaftshandeln.

Alle diejenigen, denen die Schwächen des Proletariats bewußt geworden sind, finden darum ihre Aufgabe in der Förderung aller auf das Ziel proletarischer Erkenntnis gerichteten Kulturbestrebungen. Kraft zu dieser schweren Aufgabe erhalten sie durch die Erkenntnis, daß neben dem Recht, Rückstöße an dem Ererbten vergangener Generationen zu sein, auch Pflichten stehen zur Mitarbeit für kommende Geschlechter.

Das Mittel zum Erfolge von dieser Erziehungsarbeit ist der Achtstündentag. Nur der Weg gedanklicher Vertiefung wird uns Kraft und Ausdauer geben, den achtstündigen Arbeitstag trotz aller Widerstände zu festigen und zu erhalten, zum Nutzen für uns und zum Segen der Menschheit.

Leipzig.

Stürz.

## Gewerkschaften, Reichsregierung und Unternehmertum

Der in der vorigen Nummer eingehend behandelte neue Unternehmerstreik für Lohnbrud und der vom ADGB sofort hiergegen entfaltete Gegenstoß haben, wie auch schon vermerkt wurde, am 19. April zu einer Aussprache zwischen der Reichsregierung und Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen geführt. Die „Gewerkschaftszeitung“ vom 26. April enthält darüber leider nicht einen wesentlich über die kurze Wolff-Melbung hinausgehenden näheren Bericht. Wir wollen ihn jedoch ebenfalls im Wortlaute bringen, nachdem wir ausnahmsweise in der vorigen Nummer die beiden Aktionen auf dem Schriftwege (Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände für weiteren Lohnbrud — gewerkschaftliche Spitzenorganisationen gegen die arbeiterschnübeln Praktiken des Unternehmertums) so aufgezogen haben. Es heißt also in der „Gewerkschaftszeitung“:

Seitdem die Spielfeld wie in der Aussprache über die Lohnpolitik insbesondere darauf hin, daß die Löhne der deutschen Arbeiter fast durchgehend nur einen Bruchteil gegenüber den Auslandsgehältern betragen, die deutschen Warenpreise dagegen weit über den Weltmarktpreisen liegen. Mit den heute üblichen Gehältern kann aber die Produktion in Deutschland nicht in Gang gebracht werden. Mit dem Zusammenbruch der Papiermarkt war eine riesige Arbeitslosigkeit verbunden, die Konsumkraft wurde infolgedessen bedeutend eingeschränkt. Nicht zusammengebrochen sind die Unternehmungen, die zahllosen Banken und Handelsgeschäfte. In der öffentlichen Diskussion hatte man den Zusammenbruch der nicht genügend fundierten Unternehmungen vorausgesehen. Die Konsumkraft ist in den letzten Monaten bewußt das Gegenteil. Zusammengebrochen sind nur die Lohnempfänger, während Industrie und Handel vermöge ihres ununterbrochenen Ubergewinnes sich glänzend aus dieser Situation errettet haben. Diese Unternehmungen haben sich allerdings nur halten können durch hohe Gewinnquoten. Es wurden übermäßige Risikoprämien, Unternehmerr-, Handels- und Bankzuschläge in die Produktionskosten hineingekalkuliert, während der Lohnanteil wesentlich unter dem der Vorkriegszeit blieb. Wie hoch diese Zuschläge zum Risikoprämien sind, beweist am anschaulichsten die Tatsache, daß zum Beispiel die amerikanische Automobilindustrie, trotzdem sie Löhne zahlte, die ein Vielfaches der deutschen Löhne ausmachten, die deutsche Konkurrenz auf dem deutschen Weltmarkt unterließ und sie schließlich dauernd fernhält. Deshalb ist es völlig falsch, von einer Inflationsgefahr durch Lohnherabsetzung zu reden. Die deutsche Wirtschaft muß umorganisiert werden, die parasitären Betriebe, die sich nur auf Kosten von Unternehmern halten, müssen ausgeschoben werden. Diese Betriebe kennen ihre Existenz nur aufrechtzuerhalten mit Hilfe der in Deutschland betriebenen Kartelle und Preispolitik. Damit werden nicht allein die Warenpreise künstlich hoch gehalten, sondern es wird darüber hinaus jeder Anreiz zur Verwirklichung der Technik und zur rationelleren Ausnutzung der Warenproduktion und Verteilung in aber eine wichtige Maß der Steigerung der Löhne und durch eine gesunde Wirtschaft. Wäre die Rechte nur zu produktiven Zwecken gewährt, so würde die Inflationsgefahr ausgeschlossen. Der Versuch, daß die Produktion wieder mit den alten Löhnen ein soziales Dumping bilden, ist durch die Preispolitik ausgeschlossen, die durch die Kartelle und Preispolitik bewirkt wird. Die so künstlich herbeigeführte aktive Zahlungslage wird durch die Lohnpolitik planmäßig verhindert. Es ist nicht möglich, die Löhne zu erhöhen, wenn die Produktion nicht entsprechend gesteigert werden kann, was die Wirtschaft aller Lohnempfänger zu bedroht.

An der folgenden Aussprache nahmen teil der Finanzminister Dr. Lohse, Reichsarbeitsminister Brauns, Reichswirtschaftsminister Hamm und der Reichsanwalt Dr. Jarres. Der Finanzminister sah in der allgemeinen Erhöhung der Löhne eine neue Inflationsquelle, die unbedingt verjagt werden müsse. Nicht von der Staatswirtschaft, sondern von der Privatwirtschaft aus drohe diesmal die Gefahr einer Inflation. Wie ungenügend die deutsche Wirtschaft im allgemeinen liege, beweisen die Aktienkurse. In der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage, wie sie von den Gewerkschaftsvertretern vorgetragen sei, bestehe allgemein die gleiche Auffassung auch in der Regierung. Die Regierung will aber durch die Senkung der Warenpreise die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter erreichen. Dazu soll eine zweifelhafte Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, die Reichswirtschaft soll nach den Darlegungen des Reichswirtschaftsministers weiter beobachtet und in der Kreditwirtschaft Kredite nur zu produktiven Zwecken gewährt werden. Auf die Verantwortung durch Zwangsmaßnahmen direkt einzuwirken, habe sich im abgelaufenen Jahre als erfolglos erwiesen. Alles hänge ab von der endgültigen Regelung der Reparationsfrage, die in aller Kürze zu erwarten sei. Bis dahin trage die Regierung die große Verantwortung für die Erhaltung der Währung. Daran mitzubedenken, daß diese Inflation verhindert werde, sei auch eine Aufgabe der Gewerkschaften. Das schließt nicht aus, daß Lohnherabsetzungen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmungen gewährt würden. Auf die Löhne der Reichsarbeiter kann sich die Arbeitgeberseite nicht verlassen, denn die Reichsbetriebe sind an einen Etat gebunden, während die Privatwirtschaft die Konjunkturschwankungen auszuweichen könne.

Die Notwendigkeit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wurde anerkannt, jedoch gingen die Auffassungen der Regierung und der Gewerkschaftsvertreter über das Maß dieser Erhöhung sehr weit auseinander. Letztere forderten angesichts der Notlage der Erwerbslosen eine ganz wesentliche Erhöhung. Währungspolitische Bedenken brauchten um so weniger zu bestehen, als bei der derzeitigen Höhe der Beiträge die Kosten der Erwerbslosenfürsorge im wesentlichen aus den Beiträgen gedeckt werden. Der Finanzminister warnte demgegenüber vor einer wesentlichen Steigerung der Unterstützung, weil trotz der augenblicklichen Besserung des Arbeitsmarktes die Gefahr einer Verschlechterung bestehen bestehe. Damit würden vermehrte Ansprüche an die Reichs- und Landeskassen gestellt. Andererseits sei auch von dieser Seite her der Anreiz zu einer neuen Inflationswelle gegeben. In der weiteren Aussprache wurde zugestimmt, daß die Frage schnellstens im Kabinett geprüft wird, wobei den Beratungen der Gewerkschaften weitestmögliche Rechnung getragen werden soll.

Einen Erfolg hat die schriftlich und mündlich von den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aller Richtungen der Reichsregierung gehaltene Vorlesung schon gehabt: die Erwerbslosenunterstützung ist inzwischen um 20 Proz. erhöht worden. Der Finanzminister hat hier nachgeben müssen. Dr. Lohse ist im übrigen der Linie getreu geblieben, die er am 14. Januar auf Eingaben verschiedener Arbeitgeberverbände hin im Sinne des Lohnbruds eingenommen hat. Nachdem ihm damals selbst der Reichsarbeitsminister entgegengetreten war, mag er etwas vorsichtiger geworden sein, im Grunde genommen ist er aber der alte geblieben. Er hat denn auch jetzt am stärksten den Unternehmerstandpunkt vertreten, daß eine allgemeine Steigerung der Löhne eine neue Inflationsquelle bilden werde.

Wie danach die doch auch auf den Reichsfinanzminister (laut Extrait in der „Gewerkschaftszeitung“) zurückzuführende Äußerung: nicht von der Staats-, sondern von der Privatwirtschaft drohe diesmal die Gefahr einer Inflation, zu erklären ist, könnte kraßlich erscheinen, wenn nicht Tatsachen dafür schon vorliegen würden. Sie sind dem Gebiete des Reichswirtschaftsministers Hamm entnommen, über dessen Ressort im allgemeinen jetzt eine Stille lagert, die auf Zufriedenheit der Interessenten schließen läßt, was speziell von dem früheren Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt und seinem Staatssekretär Birch nicht zu sagen war. Damals hatten die als „die deutsche Wirtschaft“ sich ausgebendenden Kreise viel mehr Klagen vorzubringen. Der Leipziger Metallhandel hat mit seiner Frankenpekulation jetzt viel von sich reden gemacht. Auswärtige Metallhändlervereine haben dieses Gebahren als unfair erklärt, das Leipziger Finanzamt sogar für strafbar. Der Devisenkommissar ist dieser Auffassung entgegengetreten. Im „Berliner Tageblatt“ wurde jedoch dem Leipziger Finanzamt beigegeben. Schließlich hat der Devisenkommissar anscheinend seine Meinung etwas korrigiert und ist dann vom Reichswirtschaftsminister gedeckt worden. Von verfehlten Devisenpekulationen, die in letzterer Zeit mehrere Konturfe zur Folge gehabt haben, bis zu den an der Tagesordnung befindlichen Treibereien gegen die Rentenmark ist kein weiter Weg. Wenn der Reichsbankpräsident Schacht in seinem Schreiben vom 23. April an den Verwaltungsratsvorsitzenden der Rentenbank von „mehrfach hervorgetretenen Versuchen gewissenloser Geschäftsleute“ zur Diskreditierung der Rentenmark sprach, so ist damit eine Hinweis mehr auf den wirklichen Untergrund des sich entwickelnden neuen Inflationsgeschwirs gegeben. Selbst in den Markt halten, wo das Händlertum Raffinesse des Zuschnittes sein Anwesen treibt, kann man die Diskreditierung der Rentenmark als landläufige Redensart vernehmen. Die von der Arbeiterschaft in allen Graden verfehlte Inflation sollte von der Reichsregierung nur in ihrer wahren Gefahrenhöhe erkannt werden! Alle Versprechungen in der Konferenz vom 19. April in der Richtung auf Preisfestsetzung, ordentliche Kreditwirtschaft usw. haben keinen Wert, wenn man mehr entmenschenhafte Entwicklung wahrnehmen muß.

Man konnte am 21. April von dem höchsten Finanzminister Dr. Reimold (früher Berliner des demokratischen „Leipziger Tageblattes“) in einer Dresden-Wahlerversammlung etwas andere Töne hören. Es ist ja auch zu bedauern, daß bei der Aussprache mit den Gewerkschaften der Reichsanwalt nicht selbst anwesend war; der Reichsanwalt Dr. Jarres ist demnach nicht anwesend. Die Arbeitszeitfrage ist zu einem größeren Ausmaß als bisher unternehmerischen und Arbeiterschaft geworden. Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ ist vor einer Woche schon auf den Einhalt gekommen, die Reichsanwalt am 23. Erhaben noch aller Mühseligkeit zu befehlen, so wäre noch an dieser Verhinderung werden, daß die Gewerkschaften nicht nicht eintritt. Der höchste Staatsminister vertritt jedoch den Standpunkt: „Die Reichsanwalt der Arbeiterschaft ist nur geboren aus der Not der Zeit. Sie ist auf die Dauer

nicht aufrechtzuerhalten.“ Verbilligung der Produktion, technische Neuerungen in den Betrieben, Erhaltung und Stärkung des Hauptkapitals Arbeitskraft und Arbeitswille betonte er als Notwendigkeiten. Das läßt sich hören.

Die von Reinhold auch verlangte Förderung des Arbeitsfriedens muß aber ein leeres Verlangen bleiben, wenn das Unternehmertum zur Entschädigung von immer mehr Arbeitskämpfen alles tut. In der Holzindustrie z. B. konnte der schon lange bestehende Reichstarif nicht erneuert werden, weil die Unternehmer nicht nur gegen den Achtstundentag auftraten, sondern für die Verbindlichkeit eines Schiedspruches eine Form fordern, die immer die Verbindlichkeit zu ihren Gunsten bringen müßte. Das Unternehmertum bringt auch die Tarifverträge in Gefahr, denn es glaubt, niedrige Löhne und längere Arbeitszeit durch Schiedspruch, Reichsarbeitsministerium und Verbindlichkeitsklärung immer erreichen zu können. Nicht durch Schuld der Arbeiterschaft nimmt die Zahl der Arbeitskämpfe also so zu.

Die „Gewerkschaftszeitung“ zieht aus der Aussprache mit der Reichsregierung kein befriedigendes Ergebnis. Sie sagt vielmehr, da sich die Unternehmer mit Händen und Füßen gegen jede Maßnahme zur Geländung der Wirtschaft mit aller Macht wehren, die Arbeiter sich aber größere Einschränkungen in der Lebenshaltung nicht auferlegen können, bleibe nur der Weg übrig: überall den Kampf aufnehmen um die Erhöhung des Lohnanteils und um die Beseitigung der parasitären Leistungen im Unternehmertum. Mit der aus der Inflationseinstellung gewonnenen Unternehmerrücklage ist es vorüber. Ist die Reichsregierung zu schwach, Ordnung in der Privatwirtschaft zu schaffen, werden die Gewerkschaften dem Unternehmertum allein aufspielen!

### Tarifliche Mindestlohnsätze im Buchdruckgewerbe

vom 3. bis 31. Mai 1924

Nach der am 11. April d. J. durch den Reichsarbeitsminister ausgesprochenen Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs vom 2. April 1924 im Lohnstreit im Buchdruckgewerbe ergeben sich für die Gehilfen und Lehrlinge im Buchdruckgewerbe folgende tarifliche Mindestwochenlöhne für die Zeit vom 3. bis 31. Mai d. J.:

Dritteljahrgang	für Gehilfen						für Lehrlinge				
	Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Lohnklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		Herausgeberlöhne (im 1. Gehilfenjahre)				
	Verz.	Lebige	Verz.	Lebige	Verz.	Lebige	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	
in Goldmark											
0	25,20	22,68	22,68	20,42	20,16	18,14	15,12	2,52	3,78	5,04	7,56
2 1/2	28,83	25,25	25,25	20,93	20,66	18,00	15,50	3,67	5,17	6,75	9,45
5	28,46	25,81	25,81	21,44	21,17	18,05	15,88	2,65	3,97	5,29	7,94
7 1/2	27,09	24,38	24,38	21,95	21,67	19,50	16,25	2,71	4,06	5,42	8,13
10	27,72	24,95	24,95	22,46	22,18	19,96	16,68	2,77	4,16	5,54	8,32
12 1/2	28,35	25,52	25,52	22,97	22,69	20,41	17,01	2,84	4,25	5,67	8,51
15	28,98	26,08	26,08	23,48	23,18	20,87	17,39	2,89	4,35	5,80	8,69
17 1/2	29,61	26,65	26,65	23,99	23,69	21,32	17,77	2,96	4,44	5,92	8,88
20	30,24	27,22	27,22	24,50	24,19	21,77	18,14	3,02	4,54	6,05	9,07
22 1/2	30,87	27,78	27,78	25,01	24,70	22,23	18,52	3,09	4,63	6,17	9,26
25	31,50	28,35	28,35	25,52	25,20	22,68	18,90	3,15	4,73	6,30	9,45

Der Hilfsler für Berechnen zur Ermittlung ihres Lohnes in Goldmark ist 45.

Als Entschädigung für Zeitungen, die in der Nacht vom Sonntag zum Montag hergestellt werden, ist zu bezahlen eine Grundentschädigung von 3,15 M. und pro Stunde ein Lohn von 1,05 M. Hierzu kommt der Ortszuschlag. Ein Mindestlohn von 6,00 M. muß jedem Gehilfen, auch dem Berechnen, bei einer Beschäftigung bis zu drei Stunden gewährleistet werden. Die Hilfsarbeiter erhalten von vorstehenden Sätzen 85 Proz. Jede weitere Arbeitsstunde ist mit dem Stundenlohn (Gesamtlöhne), dem Zuschlag für Überstunden und mit der Entschädigung für regelmäßige Sonntagsarbeit zu berechnen, und zwar nach den rechnerischen Grundlagen der diesbezüglichen Bekanntmachung der Tarifparteien vom 4. März 1924 (vgl. Nr. 21 des „Korr.“ vom 8. März d. J.).

Nach § 4 Absatz 5 des Tarifs gibt der festgesetzte Tariflohn dem Prinzipal nur Anspruch auf normale Arbeitsleistung. Für besondere Leistungen sich auch eine entsprechende Bezahlung zu sichern, ist jedes einzelnen Kollegen Pflicht.

### Ergebnis der neuen Verhandlungen im Schriftgießergewerbe

In Berlin wurde am Donnerstag, dem 17. April, die Arbeit wieder aufgenommen unter der Bedingung, daß am 23. April der Tarifausbruch des deutschen Schriftgießergewerbes in Verhandlungen eintritt auf der Grundlage der Buchdruckerlohnsätze. Die Unternehmer hatten sich bereit erklärt, den Karfreitag voll, drei Stunden vom Ostermontagabend und den Ostermontag voll zu bezahlen.

In Hamburg war trotz Aufforderung der Zentralkommission am 23. April die Arbeit noch nicht aufgenommen worden. Die Vertreter der Unternehmer erklärten vor Eintritt in die Verhandlungen, daß sie deshalb nicht in der Lage wären, in Verhandlungen einzutreten. Ein nochmaliger Versuch der Zentralkommission am 24. April, die Hamburger Schriftgießergewerkschaft zur Aufnahme der Arbeit zu veranlassen, scheiterte ebenfalls.

Auf Grund einer engeren Kommissionsberatung wurden dann am 25. April, früh 9 Uhr, die Verhandlungen dennoch wieder aufgenommen. Von Seiten der Gehilfenvertretung wurde erklärt, daß, da die Verhandlungen aufgenommen seien, ein Grund zur Arbeitsverweigerung in Hamburg nicht mehr vorliege; es werde nun den Organisationsleistungen gelingen, die Hamburger zur Arbeitswiederaufnahme zu veranlassen. Die Unternehmer erklärten darauf, daß laut Vereinbarung bis 26. April eine kündigungsfreie Zeit bestände, müßten sie sich vorbereiten, falls in einer Gießstadt bis Montag, den 28. April, die Arbeit noch nicht aufgenommen sei, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Ferner könnten die neuen Löhne erst in Kraft treten, wenn in allen Gießstädten die Arbeit restlos aufgenommen sei.

Darauf wurde von Gehilfenseite die schon am 31. März gestellte Forderung von 25 Proz. Erhöhung aller Löhne nochmals begründet und an dieser Forderung, als nach den Zeitverhältnissen berechtigt, festgehalten. Von den Unternehmern wurde die Forderung einer Erhöhung um 25 Proz. ab 24. April als unannehmbar bezeichnet. Am zwischen dem Angebot der Unternehmer und Forderungen der Arbeiterschaft einen velleicht für beide Teile gangbaren Weg zu finden, wurde eine Kommission von drei Unternehmern und drei Vertretern der Arbeiterschaft gebildet. Nach längeren Beratungen und nachdem die Parteien wiederholt zu den Vorschlägen der Kommission Stellung angenommen hatten, wurde folgendes vereinbart: Ab 24. April wird der Mindeststundenlohn in der Späke um 10 Pf. erhöht, also auf 70 Pf. Akkordarbeiter erhalten für April eine Erhöhung des festen Teuerungszuschlags um 4,80 M. pro Woche. Im Mai wird der Mindeststundenlohn auf 72 Pf. erhöht. Die Akkordarbeiter erhalten im Mai 60 Proz. des errechneten Akkorderdienstes und einen festen Teuerungszuschlag von 8,81 M. pro Woche. Im Juni erhöht sich der Mindeststundenlohn auf 76 Pf. pro Stunde. Die Akkordarbeiter erhalten die 3 Pf. Erhöhung pro Stunde auf den festen Teuerungszuschlag. Festgelegt wurde ferner: Sollte sich die Reichsindeksiffer im Monat Juni über das 1,200 billionenfache erhöhen, müssen neue Verhandlungen stattfinden. Die ausgerechneten Beiblätter zum Tarif werden vom Tarifamt in den nächsten Tagen versandt werden.

Nach eingehender Beratung und unter Würdigung aller Verhältnisse hat die Vertretung der Arbeiterschaft diesem Abkommen ihre Zustimmung gegeben; sie glaubt die Verantwortung dafür auch übernehmen zu können.

### Korrespondenzen

Dresden. In unserer Mitgliebersammlung am 14. März sprach Kollege Helmholz (Leipzig) über „Gewerkschaftliche Gegenwartssfragen“. Redner ließ die Ergebnisse seit 1918 am geistigen Auge vorbeiziehen, er kennzeichnete lobend die heutige wirtschaftspolitische Situation und präziserte die Stellung der Gewerkschaften zu den wesentlichsten Fragen. Redner beendete seine anderthalbstündigen und sehr interessanten Ausführungen mit der Aufforderung, die Eintracht auf den Schild zu heben und den vielgeschmähten Gewerkschaftsführern das notwendige Vertrauen entgegenzubringen. Allgemeiner Beifall dankte dem Redner. In der Aussprache trat dem Referenten nur ein kommunistischer Redner entgegen, der von den Kollegen Freitag, Schenk und Helmholz (im Schlußwort) treffend und unter Heiterkeit der Versammlung abgeführt wurde. Ein zweiter Bekannter Moskowiter getraute sich nicht recht heraus, um mit dem Referenten die Klänge zu kreuzen. So endete die gutbesuchte Versammlung in voller Harmonie.

Gera. Der Besuch unserer Generaiversammlung am 1. März hätte besser sein können. Eingang der Versammlung beglückwünschte der Vorsitzende den Kollegen Theodor Boller zu seinem 50jährigen Verhandlungsjubiläum und überreichte ihm das vom Verbandsvorstande gestiftete Diplom. Unter „Bereinsmitteilungen“ kam der Vorsitzende auf die Herabsetzung des Lokalausfalls zu sprechen. Man konnte es nicht verkennen, daß der Lokalausfall herabgesetzt wurde, trotzdem Gera laut Statistik eine der teuersten Städte mit ist. Nachdem der Kassierer Krosch seinen Bericht erstattet hatte und ihm für seine geleistete Arbeit Entlastung erteilt war, gab Vorsitzender Kraft seinen Jahresbericht über das verfloßene Jahr. Dieses war, trotzdem es ohne Kampf vorüberging, ein schweres, denn die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs machten sich in erschreckender Weise bemerkbar. In sämtlichen Druckereien wurde verkürzt gearbeitet. Um den Arbeitslosen einen Zuschuß aus der Ortskasse zu geben, wurde der Beitrag um 10 Pf. erhöht. Da der erste und der zweite Vorsitzende eine Wiederwahl ablehnten wurden andre Kollegen an deren Stelle gewählt, und zwar als erster Vorsitzender Kollege Rante.

Koburg. Nach längerer Pause fand am 9. März unter äußerst zahlreicher Beteiligung der Kollegen aus den Druckorten Koburg, Hildburghausen, Kleinjena, Neustadt, Sonneberg und Themar in Hildburghausen eine Bezirksversammlung statt. Sonar der Senior-Kollege Meuter ließ es sich trotz seiner 78 Jahre nicht nehmen, an den Beratungen teilzunehmen und die Kollegen durch das Gespenst eines Buchdrucker-Emblems zu erfreuen. Ein wohlwollend angelegtes, überaus interessantes Referat unfres Gauvorstehers Wisluga (Weimar), in leicht verständlicher Weise vorzutragen, behandelte die zur Zeit aktuelsten wirtschaftspolitischen Fragen und fand heifällige Aufnahme. Die anschließende sachliche Ansprache billigte die von den Verbandsinstanzen getroffenen Maßnahmen und war durchdrungen von dem Gedanken, daß der Verbandsvorstand die letzte gute Wankkur recht vorteilhaft für seine Mitglieder ausnutzen möge. Aus den Situationsberichten der Ver-

trauenmänner konnte mit Genantanus entnommen werden, daß die tariflichen und organisierten Verhältnisse im Bezirk nur gute sind. In den meisten Druckorten gelang es den Kollegen, auf Vorstellbarwerden hin eine 10- bis 20prozentige aberminimumbezahlung zu erreichen. Das „Korr.“-Obligatorium bleibt im Bezirk auch weiterhin bestehen. Es kam zum Ausdruck, daß der „Korr.“ die Interessen der Mittelglieder dem Untermittelglied gegenüber sehr wirkungsvoll vertreten hat, bedauert wurde, daß der „Korr.“ nur zweimal wöchentlich erscheint, was bei Tarifverhandlungen recht unliebsam für die Provinzkollegen empfunden wird. Wesentlich ist die Zeit nicht mehr fern, in der der „Korr.“ wieder dreimal wöchentlich erscheint, denn dringender als je bedürfen wir ein Sprachrohr zwischen Führern und Kollegenschaft. Zum Bezirksvorsitzenden wurde Kollege Smolinski einstimmig wiedergewählt. Eine Anzahl interner Angelegenheiten bildeten den Schluß der anregend verlaufenen Versammlung. — In einem am Nachmittag abgehaltenen Kommerzsaal bei freundlicher Stimmung unter den lustigen Weisen eines Kollegen-Quartetts und ersten und letzten Vorträgen das traditionelle Zusammengehörigkeitsgefühl der Buchdrucker so recht zur Geltung. Bei dieser Gelegenheit wurde die Anregung gegeben, das diesjährige Johannistfest als Bezirksjohannistfest in Koburg zu feiern, hoffentlich sind wir dann nicht wieder Kriegsschauplatz wie im vergangenen Herbst.

**Mannheim. (Maschinenseker.)** Am 2. März hielt die Mittelrheinische Maschinensekervereinigung, Bezirk Mannheim-Ludwigshafen, ihre Generalversammlung in Mannheim ab. Die gutbesuchte Versammlung nahm von dem Jahresbericht des Vorsitzenden Kenntnis, der ein Bild gab von den Verhältnissen in der Werkstätte, verursacht durch die Besetzung der Pfalz, von den zerrüttenden Wirkungen der Inflation und von den davon resultierenden schlechten Kassenverhältnissen. Kollege Weidner wurde als erster Vorsitzender gewählt. Im Laufe der Aussprache kam der Wunsch zu engerem Zusammenschluß zum Ausdruck. Klarheit besteht allgemein darüber, daß in der Lohnfrage baldige Remedur geschaffen werden muß. Gerügt wurde das Verhalten einiger Firmen, die entgegen dem hier üblichen Brauche, noch das nackte Minimum bezahlen. Verschiedene technische Anfragen wurden erörtert.

**o. Magdeburg. (Maschinenseker.)** Der Bezirk Magdeburg der Maschinensekervereinigung Gau An der Saale hielt hier am 6. April seine gutbesuchte Bezirksgeneralversammlung ab. Nach Entgegennahme der Einladung zum Mitteldeutschen Maschinensekertag in Leipzig, zu dem eine Abordnung in Stärke von sechs Kollegen entsandt werden soll, hielt der Vorsitzende ein kurzes Referat über „Die Sonderbestimmungen der Maschinenseker eintr und jetzt“, das eine lebhaftige Aussprache auslöste. Darauf fand folgende Entschliessung, die dem Verbandsvorstand, der Zentralkommission und dem Gehilfenvertreter des Kreises zugesandt werden soll, einstimmige Annahme: „Die am 6. April in Magdeburg abgehaltene, gutbesuchte Bezirksgeneralversammlung des Bezirks Magdeburg der Maschinensekervereinigung Gau An der Saale gibt nach ausgiebiger, sachlicher Aussprache ihrem Anwillen darüber Ausdruck, daß den gerechten Forderungen der Maschinenseker in keiner Weise Rechnung getragen wird. Die intensive und zersplitternde Tätigkeit an den Schmalzmaschinen muß endlich wieder entsprechend gewertet werden. Die Versammlung bittet die zuständigen Stellen, alles daran zu setzen, um den Maschinensekeraufschlag von 25 Proz. wieder zu erringen. Die Maschinenseker glauben mehr denn je ein Recht darauf zu haben, da die Arbeit an den Schmalzmaschinen immer vielfachfältiger und damit anstrengender und aufreibender wird.“ Nachdem der alte Vorstand wiedergewählt worden war und nach Bekanntgabe, daß die Generalversammlung der Gauvereinigung im Monat Juni hier stattfindet, wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

**München. (Drucker.)** In unserer Generalversammlung am 8. März wurde mit Ausnahme des ersten Schriftführers, der eine Wiederwahl ablehnte, der Auschub einstimmig wiedergewählt. Aus dem vom Vorsitzenden Feilner geleiteten Vorstandsbericht war zu entnehmen, daß die Spartenbewegung im vergangenen Krisenjahre sehr stark zu leiden hatte. Das Januar-Rundschreiben der Zentralkommission ging allen Mittelgliedern im Auszug zu, um ihnen die gegenwärtige Lage klar vor Augen zu führen. Der Zentralkommission konnte das Vertrauen ausgesprochen werden. — Eine überaus stark besuchte Versammlung der Drucker Münchens nahm zur Lage Stellung und kam zu folgenden Beschlüssen: Im Hinblick auf die hohe Arbeitsloseniffer der Drucker verlangt die Versammlung bei der Tarifverneuerung eine Herabsetzung der Lehrlingsiffer bei den Druckern. Jenen Zwerckbetrieben sowie Spezialbetrieben, die nicht in der Lage sind, dem Lehrling eine allgemeine Berufsausbildung zu geben, ist das Halten von Lehrlingen zu unterlagen. In jenen Städten, in denen Fachschulen bestehen, sind die Lehrlinge nach zwei Jahren unter Hinzuziehung der Gehilfenprüfungsanstalt einer Zwischenprüfung zu unterziehen; Lehrlinge, die diese Zwischenprüfung nicht bestehen, denen also die elementarsten Kenntnisse noch fehlen, sind dann nachgehender Drucker zu zuweisen. In dieser Frage erwartet die Versammlung die Mitarbeit der Standesvereine. Des weiteren nahm die Versammlung auch Stellung zur Aberminimumbezahlung. Wenn hier festgestellt werden muß, daß das Minimum mehr und mehr zum Maximum wird, so sieht die Versammlung darin eine schwere Gefahr für die Heranbildung von Qualifikationskräften für die Zukunft. Wenn die Unternehmer des Buchdruckerwesens das dem Gewerbe seine höhere Bedeutung verschaffen wollen, so müssen sie sich nicht auf den von ihnen beschriebenen Wege der Lohnpolitik für die Zukunft und der Leistungsfragen an die Schulen zu wenden, denn dieser Weg führt nicht zum Ende der Bekämpfung des

**Oldenburg i. O.** Unsere erste diesjährige Bezirksversammlung fand am 2. März in Oldenburg statt. Der Besuch war ein mittelmäßiger. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben, daß der Mittelgliederbestand von 225 auf 202 zurückgegangen ist. Darunter befindet sich noch eine Anzahl Kollegen, die in anderen Berufen beschäftigt sind. Die Arbeitslosigkeit ist in letzter Zeit zurückgegangen. Der Beitrag für die Bezirkskasse wurde vom 2. März ab um 10 Pf. wöchentlich erhöht. Dafür wird ab 1. April das „Korr.“-Obligatorium wieder eingeführt. Im Mittelpunkt der Versammlung stand das Referat unsres Gauvorsitzers Fischer über: „Wirtschaftliche und gewerbliche Zeitfragen“. Die Lage in unserm Gewerbe wurde dabei besonders veranschaulicht. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen unsres Gauvorsitzers einverstanden und beendete dies durch starken Beifall. Es wurde in Aussicht genommen, bevor der Gautag und die Verbandsgeneralversammlung tagen noch eine Bezirksversammlung stattfinden zu lassen. Wenn möglich, soll dieselbe mit einem Bezirks-Johannistfest verbunden werden.

## Allgemeine Rundschau

**Nachahmenswertes Beispiel.** Als Ergebnis von örtlichen Verhandlungen wurden in allen Druckereien von Hagen und Hape anlässlich des Osterfestes an die Gehilfen und Hilfsarbeiter Beträge von einem halben bis zu einem ganzen Wochenlohn zur Auszahlung gebracht. Auch die Lehrlinge wurden entsprechend bedacht.

**Beendete Zeiliche Lohnkonflikte.** Zu der bereits in voriger Nummer gemeldeten Beilegung der Lohndifferenzen in Stuttgart sei heute noch der Wortlaut der getroffenen Vereinbarung nachgetragen, der beide Parteien in ihren Versammlungen zustimmten: „Die Arbeitgeber nehmen davon Kenntnis, daß die Gehilfen den am 11. d. M. für verbindlich erklärten Schiedsspruch vom 2. April anerkennen. Vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an wird zu dem Tariflohn eine Zulage gewährt, die so hoch bemessen wird, daß ein verheirateter Gehilfe der Klasse C bei 48 Stunden inklusive der ab 3. Mai fälligen Zulage von 1,50 M. einen Wochenlohn von wenigstens 32,50 M. = 3,10 M. mehr auf den bisherigen Wochenverdienst erhält; für die übrigen Altersklassen gestaltet sich diese Zulage der tariflichen Staffelung entsprechend. Das Abkommen gilt bis 31. Mai 1924. Abregelungen aus Anlaß des Lohnstreiks finden nicht statt; das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen. Die bisher in den Lohndruckereien gewährten Leistungszulagen bleiben weiterbestehen. Für die Leistungszulagen in den Zeitungsdruckereien gilt das mit der Gehilfenschaft getätigte besondere Abkommen. Dazu kommt ab 3. Mai die Zulage von 1,50 M. Streittage werden nicht bezahlt.“ In den Zeitungsbetrieben bleibt also der Spitzenlohn von 35 M. bestehen. Die Aberminimumlohnung hat sich bedeutend gehoben. — **Seibronn:** Nach fünfzigem Streik wurde der Spitzenlohn bei 17 1/2 Proz. Ortsaufschlag auf 31,50 M. festgesetzt. Maschinenseker erhalten 38 M., ausschließlich Leistungszulagen. — **In Konstantz** wurde der Streik durch Eingreifen des Schlichtungsausschusses nach achteinhalb-tägiger Dauer mit einem für die Gehilfenschaft sehr günstigen Resultat beendet. — **Flensburg:** Sämtliche maßgebenden Druckereien bewilligten den geforderten Lohn von 33,60 M.

**Ergebnis der Berliner Gehilfenprüfungen.** Die in den Monaten März und April vor dem Prüfungsausschuss der Handwerkskammer Berlin abgelegten Gehilfenprüfungen zeitigten folgende Ergebnisse: **Seker:** 2 recht gut, 30 gut, 40 ziemlich gut, 60 genügend, 10 kaum genügend, 9 ungenügend, zusammen 151 Seker. — **Drucker:** 2 recht gut, 11 auf, 33 ziemlich gut, 33 genügend, 2 kaum genügend, 6 ungenügend, zusammen 92 Drucker. — **Stereotypure und Galvano-plastiker:** 5 auf, 3 ziemlich gut, 2 genügend, zusammen 10. Im Verlauf dieser Prüfungen trat wiederholt in Erscheinung, daß einige Lehrlinge die Ergänzung ihrer Ausbildung durch das Studium guter Fachbücher vernachlässigen, was bei Lehrlingen, die ihre vierjährige Lehrzeit in kleinen Spezialbetrieben verbracht hatten, am augenfälligsten war. Auf diesbezügliche Fragen gaben einige Lehrlinge dabei an, daß weder seitens der Gehilfen noch seitens der Geschäftsleitung ein Hinweis auf diese Ausbildungsmöglichkeit, die auch der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer in seiner Bibliothek besitzt, erfolgt war.

**Gesundheitsgefahren im Schriftsetzergewerbe.** Durch die sächsischen Landesstellen für öffentliche Gesundheitspflege wurden aus 29 Schriftsetzereien 31 Staubproben untersucht. Dabei wurde ein Bleigehalt bis zu 2,5 Proz. festgestellt. Wie der Landesgewerbebeirat Dr. Thielen in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ mitteilt, ist die Möglichkeit vorhanden, den Bleigehalt bei einwandfreier Raumgestaltung bis auf 0,17 zu senken. Diesen Hinweis sollten sich die Betriebsverretungen in den Schriftsetzereien zunutze machen, um in sanitärer Beziehung Verbesserungen der Betriebe durchzuführen, die im Interesse der Schriftsetzerearbeiter liegen.

**Zunahme der deutschen Verleger.** Nach einer im „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ veröffentlichten Statistik hat die Zahl der deutschen Verlagsfirmen nach dem Kriege bedeutend zugenommen. Im Jahre 1914 gab es 2806 Firmen in 155 Orten, 1920 2621 Firmen in 151 Orten, 1922 aber war die Zahl der Verlagsfirmen auf 3117 in 173 Orten gestiegen. Es zeigt sich also, daß der Rückgang, der im Kriege eingetreten war, nach 1920 rasch überwunden wurde. So zeigt die Zahl der Verlagsverhandlungen von 1920 bis 1922 in Stuttgart eine Vermehrung von 2,1 v. H., in München um 10 v. H., in Groß-Berlin um 6,4 v. H. Zur Zeit sind noch die Zahl der Berliner Verleger auf 655 Firmen, die im Jahre 1922 1775 Verhandlungen herausgaben. In welcher Stelle sich Leipzig mit 392 Firmen und 3920 Neueinkünften, dann kommt

München mit 177 Firmen, Stuttgart mit 115, Dresden und Hamburg mit je 107 Firmen, Frankfurt a. M. mit 45, Breslau mit 43, Hannover mit 40 Firmen.

Kalenderreform. Die Verkehrscommission des Völkerbundes beschäftigt sich gegenwärtig, wie der Allgemeine Anzeiger "mittheilt, mit dem uralten Problem der Kalenderreform.

Zubiklum des Deutschen Werkmeisterverbandes. In der großen Bilanz der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände bildet der Deutsche Werkmeisterverband mit seinen 170 000 Mitgliedern einen wesentlichen Bestandteil.

Zur Arbeitszeitverordnung. In § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit wird die Möglichkeit, die achtstündige Arbeitszeit für solche Gewerbe...

Literarisches

"Wochenschrift für den Berliner Buchdruckerverband". Frühjahrsausgabe 1924. 11. Jahrgang. Herausgeber Otto Schulz.

"Kunst und Kultur Kalender 1924", 7. Jahrgang. Herausgegeben von Typographisch-Foren...

"Handbuch für den Schlichtungsverfahren in Gewerkschaften". Kommentar nebst...

Angewandte enthält der Mahana die Verzeichnisse der Schriftsetzer- und Schlichtungs...

Verschiedene Eingänge

"Typographische Jahrbücher". Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig.

"Berufshilfe". Monatsheft für das gesamte Berufsleben der Buchdrucker. Seit Nr. 1. Januar 1923.

Briefkasten

B. K. in B.: Umsteher würden einen sofermöglichen inkonkurrenz "Korr." ebenfalls sehr...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II. Fernruf: Amt Ausruf Nr. 1191

Grane Staatskassanten einfinden!

Spätester Einfindungstermin für April: 7. Mai. Stichtag für die Zahlung der...

San An der Saale. Die Buchdrucker- und Papierwarenfabrik A. Bickel in...

Adressenveränderungen

Bunzlau I. G.H. Vorstands: Ernst Gustorff, Große Reichstraße 1, II.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse): In San Thüringen die Seher...

Versammlungskalender

Muerbach-Kessel-Hallenk. Fernsammlung Sonnabend, den 3. Mai, abends 7 1/2 Uhr...

Anzeigengebühr: die sechsgestaltene Zeile 10 Goldpf. für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildung- und Todesanzeigen...

Anzeigen

Annahmestellen: Montag und Donnerstag früh zur jeweils nächstfolgenden Nummer...

Absidenz-, Katalog- u. Anzeigenseker. Inoffizielle Zeitschrift für Schriftsetzer, Epigraphen u. dgl., herausgegeben von...

Typographischer. Reichel U. P., gute Maschinen, in bester Lage, am Markt, 101/102, 103/104.

Für Hamburgische Buchdruckerei hat sich ein Ektensetotypen gesucht. Cleburne Land und gut bezahlt.

Lehrere. Lehrere. Lehrere. Lehrere. Lehrere. Lehrere. Lehrere. Lehrere. Lehrere. Lehrere.

Buchdruckerei. Buchdruckerei. Buchdruckerei. Buchdruckerei. Buchdruckerei. Buchdruckerei.

Verbandsbureau. Verbandsbureau. Verbandsbureau. Verbandsbureau. Verbandsbureau.

# Wer hochkommen will



**Der Praktische Kaufmann**  
9. Auflage, verbessert und durch Bilanzkunde vermehrt.

Ein Unterrichts- und Nachschlagewerk des gesamten kaufmännischen Wissens für Kontor- und Haus von Handelslehrer Konstantin Neukirch. Drei starke Lexikonbände, umfassend 1394 Seiten, in Halbheften eleg. geb. 25 Goldmark.

**Kurze Inhaltsübersicht:**  
Buchführung in Bank- und andern Geschäften / Handelskorrespondenz. Briefe im Bankverkehr / Wechselordnung / Scheckgesetz / Handelsfirma. Handelsregister / Offene Handelsgesellschaft / Kommanditgesellschaft / Aktiengesellschaften / Börse / Prozessuale / Zwangsversteigerung / Das Kaufmanns- und Gewerbegericht / Bruchrechnung / Mass- und Münzsysteme. Umrechnung der einen Währung in eine andre Währung / Prozent- und Habattrrechnung / Effektenrechnung / Kalkulationsrechnung / Dividende, ausländische Schecks und Kurzrechnung.

**Anerkennungen:**  
Ich muss gestehen, dass dieses Buch von allen Anleitungen, die ich bis jetzt durchgegangen bin, wohl die praktischste und zuverlässigste ist. (W. A. in Olewitz.)  
Das Werk hat mich weit über meine Erwartungen befriedigt. (F. W. in Weisenfels a. d. S.)  
— sehr zufileden und werde gerne weiterempfehlen. (G. S. in Brandenburg.)  
Das Werk gefällt mir sehr gut. (Lehrer H. in Dulsburg-Meiderich.)  
Ausführlichen Prospekt mit glänzenden Anerkennungen kostenlos.  
Ich liefere das Werk sofort vollständig auf Wunsch auch gegen

**Fünf Monatszahlungen**  
unter Anrechnung eines Teilzahlungszuschlags von 10 Proz. Bei Barzahlung innerhalb acht Tagen nach Empfang fällt dieser Zuschlag fort. Es empfiehlt sich, die erste Rate mit der Bestellung einzusenden. Auf Wunsch drei Tage zur Ansicht.

**Buchhandlung Karl Block**  
Berlin SW 68, Kochstrasse 9. Postcheckkonto 26740

\*\*\*\*\* Bestellschein \*\*\*\*\*  
Der Unterzeichnete bestellt hiermit bei der Buchhandlung Karl Block, Berlin SW 68, Kochstrasse 9, lt. Inserat im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, Neukirch, „Der Praktische Kaufmann“, in drei Halbheften gebunden 25 Goldmark. Der ganze Betrag — Die erste Rate — folgt gleichzeitig — ist nachzuweisen. Der Betrag wird durch 5 Monatszahlungen unter Anrechnung eines Teilzahlungszuschlags von 10 Proz. beglichen. (Nicht-gewünschtes gest. durchstreichen.) Erfüllungsort Berlin.

Vor- und Zunahme .....

Ort und Datum .....

**Neue Auflage soeben erschienen!**

**Schriftsetzer**  
für Komplettmaschine, Type I, gesucht. [303]  
Ludwig Wagner A.-G., Schriftsetzerei u. Maschinfabrik, Leipzig, Gabelfbergstraße 1a.

**Zweijähriger und erfahrener Typographsetzer**  
U-B in angenehme Pensionierung bei Abtrittllichem Lohn gesucht. Kabelfchwärder Kreis- und Stadtkant., Kabelfchwärder L. GdL. (Grassl. Gg.) [302]

**Tüchtiger Linotypesetzer**  
mit längerer Praxis, zu baldigem Eintritt gesucht. [309]  
„Duisburger Volkszeitung“, Duisburg.

**Tüchtiger Linotypesetzer**  
solist gesucht. Dauerstellung. [311]  
„Volksstimme“ — „Neue Freie Presse“, Hagen i. W.

**Typographsetzer**  
(A) bei gutem Lohn in Dauerstellung gesucht. [316]  
Buchdruckerei B. Meyerheim, Brandenburg (Havel).

**Typographsetzer**  
für U-B, durchaus tüchtig und im besten Werktag erfahren, wird gesucht. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und frühestem Eintritt an: [317]  
Petersche Hofbuchdruckerei Stephan Seibel a. Ko., Altenburg (Wb.).

**Offsetmaschinenmeister**  
in leitende Stellung als [318]  
**Obermaschinenmeister**  
baldigt nach Nürnberg gesucht.  
Schriftliche Angebote und Gehaltsansprüche unter W. D. 333 an Invalidentenamt, Leipzig.

**Jüngerer, vorwärtsstrebender**  
**Altidensetzer**  
tüchtig in modernem Satz und Entwurf, wünscht sich sofort zu verändern. Gef. Angebote erbeten an Friedr. Schwarzwald, Ramesdorf bei Olden L. Anh.

**Altidensetzer**  
25 Jahre alt (verheiratet), Spezialist im Anzeigen, Katalog- und Tabellenatz, sucht Stellung in Halle oder Leipzig. Off. unter Nr. 308 an die Geschäftsstelle, Leipzig. Rdnigr. 7, erbeten.

**Zwei tüchtige Wert- und Altidensetzer**  
perfekt in allen vornehmenden Arbeiten, zugleich in ungewöhnlicher Stellung, möchten sich nach Leipzig verändern. Angebote an [307]  
P. Kabe, Bad Schmiedeberg (Bez. Halle), Neurstraße 111.

**Tüchtiger, lediger**  
**Maschinenmeister**  
für Rotation und Altidensatz für sofort in Dauerstellung gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten. [282]  
Genossenschaftsdruckerei „Neuer Alldorf“, Ebingen (Württemberg).

**Schweizerdegen**  
im Altidensatz tüchtig, nur zuverlässige Kraft, als Alleiniger gesucht. [299]  
Buchdruckerei L. Pieper, Cyle bei Bremen.

**Ein Zeitungsmettteur**  
ein Stereotypsetzer und vier tücht. Insetzensetzer werden noch eingestellt. [310]  
Gesellschaft „Deutsche Presse“, m. B. H., Raffel, Orleansstr. 4.

**Monotypesetzer**  
möglichst geleiteter Setzer oder Schweizerdegen in Dauerstellung gesucht. [306]  
Julius Perthes, Gotha.

**Mehreere**  
**Galvanoplastiker**  
gesucht. [315]  
Hans Berge A.-G., Abteilung Altwie, Hamburg, Mittelstraße 22/24.

**Linotypesetzer**  
mit 22-jähr. Praxis, sucht zum 1. Okt. eine tüchtige Stellung in Leipzig oder Eudoburg am besten in Leipzig. [313]  
Gef. Off. unter Nr. 307 an die Geschäftsstelle, Leipzig. Rdnigr. 7, erbeten.

**Winkelhak, Secklin, Solitto**  
Stiftel f. Blei, Holz, Linoleum  
Zeidenmaterial + Farben  
Werkzeug für Drucker  
Verlag [312]  
Eduard Weidner, der Deutsch. Buchdrucker-Verband, Leipzig, Salomonstraße 8.

**Stellung in der**  
Lehrdruck- oder Photobranche in d. t. g. Mann mit vierjährig. Behr. im km. o. tech. Bureau. Firm in Stuttgart, Schreibm., Korrespond. u. Berand. Kenntnis in der englischen Sprache. Off. mit Gehaltsang. u. Art der Tätigkeit unter E. V. 301 an die Geschäftsstelle dieses Blatt., Leipzig, Rdnigr. 7, erbeten.

**Tüchtige Kraft**  
die volle kaufmännische Ausbildung besitzt, sucht für Kontor u. zur Höhe des Chefs als Kaufmann u. Vertrauensposten, mögl. Bezirk Leipzig oder Halle u. d. E.  
Gef. Angeb. unter A. Y. 286 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Rdnigr. 7, erbeten.

**Maschinenmeister**  
mit allen vornehmenden Werkzeugen vers. (Wappenschnitten) sucht Stellung in Leipzig. Gef. Angebote erbeten an Walter Thiele, Leipzig-Hilfen, Rdnigr. 40/11. [320]

**Zwei gebrauchte Schnellpressen**  
billig zu verkaufen! „Heidelberger Schnellpresse“, 66 x 86 cm, 2 Waffenzylinder, Preis 4000 M.  
„Rugsburger“, 63 x 108 cm, 2 Waffenzylinder, Preis 4000 M.  
Beide Maschinen haben, gut durchgeputzt, in der Maschinenfabrik zur Verfertigung. Gef. Offerten unter Nr. 294 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Rdnigr. 7, erbeten.

**Bandwurm**  
mit Kopf und andre Körmer entf., ohne Hungerkur! (Koch-Hoffmann (Wb.).) Lang. Sp. (Mg. Prov.) Warm-Baden, Gumburg 11a, 121.

**Maschinenband**  
sowie alle Druckerartenstoffe liefert: Segner a. M., Düsseldorf, Graf-Adolfstr. 112.

**Schiff**  
sowie alle Utensilien liefert O. C. Köhler, Hildesheim.

**Handbuch f. Schriftsetzer**  
Oebb. 1, 50 M. fr. A. Giegl, München 9, Kolonnenstr. 1.

**Linoleum zum Schneiden**  
Verl. d. Bld. Verh. d. Dtsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Ende März verließ nach langem Weiden unser lieber Kollege, der Korrektor [319]  
**Joseph Düin**  
aus Altdorf, 56 Jahre alt. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Bezirksverein Altdorf, Gefangenenverein „Gutenberg“.

Am zweiten Oherstage verstarb unser Kollege, der Korrektor [296]  
**Paul Börner**  
im 59. Lebensjahre. Sein tugendhaftes, freudiges Verhalten, sein offener, gewandter Charakter verdienen bei allen Liebsten und Verbundenen ihm ein tiefes Andenken. Die Kollegen der Buchdrucker-Gesellschaft, Altdorf.

## Achtung! Drehmaschinenbetriebe!

Wollen Sie Ihre Maschinen rentabel gestalten, so lassen Sie selbige von einem Fachmann an Ort und Stelle gründlich durchreparieren.

### Montagen, Umzüge, Aufarbeitung aller Maschinen und Magazine

Liefere zuverlässig auf Formen, Einfahrscheibe, Aufschalt, Umschaltkeile in sauberster Ausführung, freigelegter Ringler D 68, fiederendes Gelenk D 117, Gummibänder mit und ohne Rippen, Sammelsteine, Mischwerkzeuge ufo. Meine langjährigen Erfahrungen als Monteur und Meister in Drehmaschinenbetrieben und Zeitungspressen liefern Ihnen volle Gewähr für gründliche und sachgemäße Ausführung. — Fachliche Referenzen.

## Otto Genstleben

Berlin N 39 / Klausenstraße 6.

**Tüchtiger** [293]  
**Linotypesetzer**  
guter Maschinenkennner, als Alleiniger sofort gesucht.  
D. Hing, Brunsbüttelkoog.

**Tu sofort wird ein tüchtiger**  
**Linotypesetzer**  
für neue Ideal-Maschine gesucht. Tüchtiger Setzer und guter Maschinenreparierer Verbindung. Für Wohnung und gutes Solohaus wird gesorgt. Einkommens erbittet. [299]  
R. Klineker, „Rheinländer Anzeiger“, Quakenbrück.

**Typographsetzer**  
für U-B-Maschine in dauernde Stellung sofort gesucht. Druckerei zum Osterberg, Magdeburg-St. [245]

**Erfahrener**  
**Typographsetzer**  
für U-B-Maschine in dauernde Stellung sofort oder später gesucht. Weigerung über Tarif. [246]  
Eberhardische Hof-u. Hof- und Druckerei, Wienart u. M.

**Tüchtiger**  
**Maschinensetzer**  
für Ideal-Maschine, tüchtige Stellung, für Dauerstellung gesucht. [245]  
Hans-Lit.-Zeilung, Chemnitz (Sachsen).

**Erfahrener Altidensetzer**  
selbständig arbeitend, auch im Platterschnitt, für dauernde Stellung gesucht. [293]  
Gelehrte Angebote mit Zeugnisabschriften und einzigen selbstgeschriebenen Kabinett erbeten an Hermann Hildner, Berlin N 10, Alexanderstraße 77.

**Tüchtige Linotypesetzer**  
für sofort gesucht. [311]  
F. H. L. L. Leipzig, C. H. L. Leipzig, C. H. L. Leipzig.

Ständige Buchdruckerei in Leipzig, die die Druckerei des Verbands der Buchdrucker in Leipzig, Salomonstraße 8, III, Leipzig, Salomonstraße 8, III, Leipzig, Salomonstraße 8, III.